

Begründung zum Bebauungsplan "Friedhof Fornsbach"

- | | |
|-------------------------------|----|
| 1. Auslegung bekanntgemacht | an |
| 2. Diese Unterlage ausgelegt | an |
| 3. Beginn der Auslegungsfrist | an |
| 4. Ende der Auslegungsfrist | an |
| 5. Diese Unterlage abgenommen | an |

1. Erfordernis für die Planaufstellung

Das Erfordernis zur Erweiterung der bestehenden Friedhofsfläche wurde schon vor längerem erkannt. So wurde im Gesamtflächennutzungsplan der Stadt Murrhardt eine Erweiterung des bestehenden Friedhofs nach Süden festgeschrieben. Der vorliegende Bebauungsplanentwurf sieht jedoch auch eine Erweiterung in westlicher Richtung vor. Der bestehende Friedhof ist zwischenzeitlich belegt. Aufgrund der schlechten geologischen Verhältnisse muß der alte Friedhof saniert werden, was zu Folge hat, daß er in den nächsten 30 Jahren nicht mehr belegt werden kann. Außerdem entsteht durch die Aufsiedlung des Ortsteils Fornsbach ein erheblicher Flächenmehrbedarf. Dieser ergibt sich aus der Anlage 1 zu dieser Begründung. Eine Friedhofserweiterung ist somit unumgänglich.

2. Standort

Durch die Planung mußte der Zielkonflikt zwischen den Anforderungen des Naturschutzes und der Geologie bewältigt werden. Im Hinblick auf die schlechte Eigenschaft des Bodens und mit Rücksicht auf das landwirtschaftliche Anwesen Grundweg 2 konnte die Friedhofserweiterung nicht in vollem Umfang nach Süden erfolgen.

Als Ausgleich wird im Westen noch eine Erweiterungsfläche angehängt. Beim Zielkonflikt waren auch die Interessen des angrenzenden landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebes zu berücksichtigen. In intensiven Gesprächen konnte mit dem vorliegenden Planungskonzept Einigung erzielt werden.

Die geologischen Verhältnisse sind sowohl in der südlichen als auch in der westlichen Erweiterungsfläche nicht unproblematisch. Eine ausreichende Verwesung der Leichen kann nur gewährleistet werden, wenn umfangreiche Bodenverbesserungsmaßnahmen (Entwässerung und Belüftung) durchgeführt werden.

Die Untersuchung des geologischen Landesamtes und die zu treffenden Bodenverbesserungsmaßnahmen sind aus der Anlage 2 zu dieser Begründung ersichtlich. Dieser Aufwand muß aber in Kauf genommen werden, da auf der gesamten Gemarkung Fornsbach die geologischen Verhältnisse annähernd gleich schlecht sind.

Zudem würde bei einer Neuanlage eines Friedhofs ein weiterer Eingriff in das Landschaftsbild nötig. Bei einer Erweiterung des vorhandenen Standorts kann jedoch die vorhandene Infrastruktur beibehalten werden. Dies gilt für die Nutzung der vorhandenen Leichenhalle, die Erschließung über die ausgebaute Schulstraße und den Friedhofsweg sowie über den möglichen Anschluß an die bestehende Kanalisation.

Auch die Erreichbarkeit des jetzigen Standortes durch den Fußgänger ist als gut einzustufen.

3. Erschließung

Zufahrt und Zugang zum Friedhof erfolgen ausschließlich über den Friedhofsweg. Es ist beabsichtigt, den Weg entlang der Südseite des Gebäudes Bühlstraße 16 als Zufahrt für die auf Flst.Nr. 989/1 geplanten Stellplätze herzustellen. Die Stellplätze erhalten eine wasserdurchlässige Oberfläche, die Zufahrt eine Teersplittdecke. Ein weiterer Zugang zum Friedhof wird in Höhe der Stellplätze geschaffen. Die nördliche und östliche Bruchsteinmauer bleibt als Abgrenzung des Friedhofs erhalten.

Der Friedhof ist an die öffentliche Wasserversorgung angeschlossen. Die Drainageleitung der Gräberfelder sollte an die städtische Kanalisation angeschlossen werden. Dazu wird der vorhandene Abwasserkanal im Grundweg bis in Höhe der Friedhofserweiterung verlängert.

4. Gestaltung des Friedhofs

Die Ausgestaltung des Friedhofs erfolgt nach dem Gestaltungsplan des Landschaftsarchitekten Sigmund vom 10.3.1986.

Auf die Abstandsvorschriften des § 3 des Bestattungsgesetzes bei der Anlage von Gräberfeldern und die Genehmigungspflicht nach § 5 des Bestattungsgesetzes wird hingewiesen.

Ergänzt am 26.8.1986 auf Grund des Gemeinderatsbeschlusses vom 10.7.1986

5. Leichenhalle

Der Friedhof verfügt über eine Leichenhalle mit 2 Zellenplätzen. Sie ist auch für die Friedhofserweiterung ausreichend.

6. Pflanzgebot, Pflanzbindung und private Grünfläche

Eine feldgehölzartige Einfriedigungspflanzung mit standortgerechten Bäumen und Büschen sollen den Friedhof und die Stellplätze gegen die freie Landschaft und gegen die Wohnbebauung abschirmen. Deshalb wird ein 5 m breiter Pflanzgebotsstreifen festgesetzt. Der Gestaltungsplan des Landschaftsarchitekten Sigmund vom 10.3.1986 enthält Beispiele zur Realisierung des Grünstreifens.

Auf Flst.Nr. 990 stehen mehrere Obstbäume. Sie bilden zusammen mit dem geplanten Pflanzstreifen im Westen einen weichen Übergang zur freien Landschaft. Aus diesem Grunde werden sie mit einer Pflanzbindung belegt. Da diese Festsetzung aber nicht auf landwirtschaftlicher Fläche möglich ist, wird hier private Grünfläche festgesetzt.

Die private Grünfläche auf Flst.Nr. 989/1 wurde ausgewiesen um - falls erwünscht - dem Verkäufer eine sinnvolle Grenzziehung anbieten zu können und um die notwendige Abstandsfläche der Bäume gem. dem Nachbarrecht zu sichern.

7. Dorfgebiet

Im Anschluß an das Gebäude Grundweg 2 wird Dorfgebiet nach § 5 BauNVO, aufgeteilt in überbaubare und unüberbaubare Fläche, ausgewiesen. Das Maß der Bebauung, die Bauweise und Gestaltung richten sich nach der Umgebung (§ 34 BBauG). Für diese gilt der seitherige Bebauungsplan "Dorflage" (nichtqualifiziert i.S.v. § 30 BBauG). Der Abstand des Baustreifens zum Friedhof mit 10,0 m wird eingehalten (§ 8 Bestattungsgesetz).

8. Fläche für die Landwirtschaft

Die verbleibende Restfläche des Flst.Nr. 977 zwischen Friedhof und Dorfgebiet wird entsprechend den Bedürfnissen als Fläche für die Landwirtschaft ausgewiesen. Diese Fläche könnte als Obstbaumwiese die Hofstelle des Anwesens Grundweg 2 abrunden.

9. Planungsstatistik

Bruttofläche (Gesamtfläche)	ca. 11020 qm	= 100 %
Nettobaufläche (MD)	ca. 610 qm	= 5,6 %
Friedhofsfläche	ca. 7960 qm	= 72,2 %
Private Grünflächen	ca. 1315 qm	= 11,9 %
Landwirtschaftl. Flächen	ca. 1135 qm	= 10,3 %

10. Kostenschätzung

Die Friedhofserweiterung ist in der mittelfristigen Finanzplanung für das Jahr 1987 in Höhe von 600.000,-- DM eingestellt. Die Finanzierung erfolgt aus allgemeinen Haushaltsmitteln.

11. Verwirklichung und Folgemaßnahmen

Der rechtskräftige Bebauungsplan bildet die Grundlage für die Friedhofserweiterung sowie für evtl. notwendig werdende Grenzregelungen bzw. Enteignungsverfahren.


aufgestellt!

Murrhardt, den 20.3.1986



Dieses Dokument ist Bestandteil des Originals des vom Gemeinderat am 10. 7. 1986 als Satzung beschlossenen BBauPl * "Friedhof Fornsbach"

Murrhardt, 27.8.1986

